



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Jörg Baumann, Florian Köhler** und **Fraktion (AfD)**

Sommer, Sonne, sexuelle Belästigung? Harte Strafen, Remigration und Freibadverbot für Täter!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit in den Freibädern in Bayern zu gewährleisten.

Dies soll die Staatsregierung durch folgende Maßnahmen umsetzen:

- Einsetzen auf allen politischen Ebenen für eine zügige Remigration
- Prüfung, welche Möglichkeiten für ein landesweites Eintrittsverbot in öffentliche Schwimmbäder bestehen und wie diese durchgesetzt werden können
- Ermöglichung der Erklärung eines kommunalen Asylnotstands, der es Kommunen erlaubt, die Aufnahme weiterer Asylbewerber aufgrund überlasteter Kapazitäten abzulehnen

Begründung:

Die Sicherheit in Bayern ist durch die immer häufiger werdenden Sexualstraftaten in den Schwimmbädern und an den Badestellen massiv bedroht. Die Zahlen steigen seit 2015 an: 2024 wurden 227 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in bayerischen Schwimmbädern und an Badestellen erfasst. Von 163 Verdächtigen waren 159 männlich. Von den 163 Tatverdächtigen waren nur 66 deutsche Staatsbürger und 97 ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Im Jahr 2023 waren es noch 193 Fälle mit 134 Tatverdächtigen, von denen 131 Männer waren, von denen wiederum 71 die deutsche Staatsbürgerschaft hatten und 63 ausländische Staatsbürgerschaften.

Größere Öffentlichkeit erreichte in den letzten Wochen ein Fall im oberfränkischen Hof. Dort belästigten zwei syrische Männer, 18 und 20 Jahre alt, am 22. Juni 2025 ein 12-jähriges Mädchen im Freibad. Die Kriminalpolizei ermittelt wegen Körperverletzung und Sexualdelikts. Dabei tauchten die Syrer das Mädchen mehrfach unter Wasser und berührten es im Intimbereich.

Der Vorfall im hessischen Gelnhausen, bei dem vier Syrer insgesamt neun Mädchen im Alter von 11 bis 17 Jahren sexuell belästigten, zeigt exemplarisch sowohl die eklatant voranschreitende Erosion der inneren Sicherheit. Es besteht eine Unwilligkeit der Exekutive, dies als direkte Folge ihrer gescheiterten Migrationspolitik zu erkennen, zu benennen und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

Solche Taten erschüttern das Vertrauen der Bürger in die Sicherheit öffentlicher Räume und verdeutlichen die Folgen unkontrollierter Zuwanderung der letzten zehn Jahre, insbesondere aus Syrien.

Eine konsequente Remigration ist die Lösung, um solche Vorfälle zu verhindern. Bayern muss Vorreiter einer migrationspolitischen Wende werden.